

# Die EU muss regierungsfähig werden

Die Europäische Union braucht dringend **grundlegende Reformen**, um künftig als Gemeinschaft handeln zu können – sonst wird das nichts mit der Zustimmung der Bürger

**Von Klemens Joos**

Honorarprofessor an der Technischen Universität München

**D**ie großen Krisen der vergangenen Jahre – ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie und den kriegsrischen Überfall Russlands auf die Ukraine – haben eines klar gezeigt: Die EU muss ihre Regierungsfähigkeit dramatisch verbessern. Bislang glichen Reformbewegungen der EU allerdings eher einem qualitären Hindernisparcours als einem hoffnungsvollen Weg in die Zukunft. Die entscheidende Hürde für schnelle Einigungen war über Jahrzehnte das Einstimmigkeitsprinzip in den Entscheidungsprozessen. Erst der Vertrag von Lissabon leitete hier die Wende ein, er sieht vor, dass EU-Mitgliedstaaten eine „Koalition der Willigen“ (Mindestteilnehmerzahl: neun) bilden und einen Rechtsakt nur in ihren Ländern einführen dürfen, wenn sich trotz aller Bemühungen nicht alle EU-Mitgliedstaaten darauf verständigen können. Das in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Außengrenzen, Haushalt/Währung immer noch bestehende Prinzip der Einstimmigkeit lähmt die EU allerdings weiterhin. Es liegt in der Natur dieser Themen, dass sich 27 EU-Mitgliedstaaten dort in der Regel nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können.

Aus all dem folgt: Die EU muss ihre „Governance“, ihre Regierungsfähigkeit und damit ihre Handlungsfähigkeit verbessern. Zeitgleich muss die EU von ihren Bürgern wieder mehr Zustimmung erfahren. Ihre größten Erfolge – Abschaffung der Grenzen, Freihandel und gemeinsame Währung – sind für zu viele zur Selbstverständlichkeit geworden.

Es geht im Kern also um die Fortschreibung der EU-Verträge, unter anderem muss die Rolle der Europäischen Kommission als „Regierung der EU“ entscheidend gestärkt werden. Künftig sollte das Europäische Parlament eine Präsidentin/einen Präsidenten vorschlagen, die/der sich ein Kabinett unabhängig von den Wünschen der EU-Mitgliedstaaten zusammenstellt, das sich dann im Europäischen Parlament zur Wahl stellt. Nicht wiederholen darf sich jedenfalls das Szenario von 2019, als die EVP mit Manfred Weber als Kandidat für den Kommissionspräsidenten die Europawahl gewann und anschließend die



**Warum nicht direkt wählen?** Ursula von der Leyen kam dank der Regierungschefs an die EU-Spitze – „ein prozessualer Fehler“, urteilt Joos

Staats- und Regierungschefs mit Ursula von der Leyen eine andere Lösung durchsetzen. Besser lässt sich das Demokratiedefizit der EU kaum herausarbeiten. Auch sollte sich die Zahl der Kommissare an der Zahl der sinnvollen Ressorts orientieren und nicht an der der Mitgliedstaaten. Denkbar wäre auch eine Direktwahl des Präsidenten der Europäischen Kommission in allen Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament müsste künftig aus einer Wahl in einem die gesamte EU umfassenden Wahlgebiet mit vereinten Wahllisten hervorgehen. Ganz unabhängig davon müssen die Rechte des Europäischen Par-

laments weiter gestärkt werden, zum Beispiel bei der Aufstellung des Haushalts der EU oder – ganz entscheidend – durch das Recht, Gesetzgebungsverfahren einleiten zu können. Wie bereits dargelegt, ist die weitgehende, wenn nicht gar vollständige Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten der qualifizierten Mehrheit von zentraler Bedeutung. Diesem Prinzip haftet darüber hinaus ein erhebliches Demokratie-Defizit an. Denn während im Bundesrat jedes Bundesland über Stimmen entsprechend seiner Einwohnerzahl verfügt, hat im Rat Malta dasselbe Stimmgewicht wie Deutschland oder Frankreich. Die Folge: 500 000 Malteser können in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Steuer- und Haushaltspolitik darüber entscheiden, was für rund 450 Millionen EU-Bürger richtig oder falsch ist.

Das sind die wichtigsten Aspekte einer notwendigen Reform der EU-Verträge. Und es gibt Grund zur Hoffnung. Im Mai 2022 forderte der französische Präsident Emmanuel Macron zum Abschluss der Straßburger „Konferenz zur Zukunft Europas“ institutionelle Reformen und stellte konkret das Prinzip der Einstimmigkeit infrage. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hat das Problem in seiner Prager Rede im August 2022 adressiert: Er schlug vor, „in der gemeinsamen Außenpolitik, aber auch in anderen Bereichen, wie der Steuerpolitik, schrittweise zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen.“ Jetzt müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten diesem Erkenntnisgewinn Taten folgen lassen.



**Professor Klemens Joos**

Wissenschaftler und Unternehmer. Sein Buch „Politische Stakeholder überzeugen“ ist gerade in überarbeiteter Auflage erschienen (Wiley)

